



Forschungsergebnisse

## Corona-Steuerhilfen ohne Durchschlagskraft

Schwerpunkt Umwelt/Energie

## EU könnte Klima günstiger schützen

Nachgefragt

## Wie erreichen wir Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsplatz?

Wissenschaftsteam des ZEW Mannheim berechnet die monetären Auswirkungen der aktuellen Wahlvorschläge.

Foto: © AdobeStock/INGO BARTUSSEK

## Wer von welcher Regierungsbeteiligung in Deutschland profitieren könnte

Die Parteien zur Bundestagswahl unterscheiden sich erheblich bei der finanziellen Wirkung ihrer Politikvorschläge auf Geringverdiener/innen und höhere Einkommen. Die vorgeschlagenen Steuerentlastungen von FDP und Unionsparteien entlasten die höheren Einkommensklassen deutlich, während die Programme von SPD, Linken und Grünen besonders für untere und mittlere Einkommen einen Zuwachs beim verfügbaren Einkommen aus Netto-Lohn und Sozialtransfers bedeuten. Zu diesem Ergebnis kommt ein Wissenschaftsteam des ZEW Mannheim, das für die Süddeutsche Zeitung die Auswirkungen zentraler Reformvorschläge zu Steuern, Mindestlohn, Mini- und Midi-Jobs, Sozialversicherung und Familienpolitik auf private Haushalte untersucht hat.

Dabei wurden die Wahlprogramme der Parteien berechnet, die für eine Regierungsbeteiligung am ehesten infrage kommen.

Waren die Vorschläge in den Programmen zu unkonkret, trafen die Forscher plausible Annahmen etwa auf Basis von Beschlüssen und Äußerungen der Parteien. Das Simulationsmodell nutzte Daten des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP).

### SPD, Grüne und Linke wollen Geringverdienern/-innen ein Plus bescheren

Würden jeweils die Wahlprogramme von SPD, Grünen und Linken umgesetzt, so wäre ein Ehepaar mit zwei Kindern in den unteren Einkommensschichten deutlich besser gestellt. Ihnen stünden bei einem Brutto-Einkommen von 40.000 Euro jährlich rund 3.300, 4.000 oder sogar 5.100 Euro mehr zur Verfügung, nach den Wahlprogrammen von FDP und Union hingegen nur rund 900 Euro. SPD, Grüne und Linke entlasten untere und mitt-

## EHEPAAR MIT ZWEI KINDERN: VERÄNDERUNG DES VERFÜGBAREN JAHRESEINKOMMENS

BRUTTOEINKOMMEN (IN EURO)	SPD	LINKE	B'90/GRÜNE	FDP	UNION
20.000	3.200	6.490	3.420	2.910	890
40.000	4.030	5.090	3.287	870	940
60.000	1.020	5.520	1.932	1.990	1.090
120.000	1.090	-1.780	747	6.560	2.290
300.000 <sup>a</sup>	-12.840	-73.250	-12.985	18.160	10.500

Musterhaushalt Ehepaar mit zwei Kindern. <sup>a</sup> Um die Vermögensteuer für SPD, Linke und Grüne berechnen zu können, wird in der Einkommensklasse 300.000 Euro ein Vermögen in Höhe von 2,5 Mio. Euro pro Erwachsenem angenommen. Quelle: ZEW-EviSTA

lere Einkommen und finanzieren dies über höhere Steuern für Spitzenverdiener, erklären die Autoren.

Anstelle von Umverteilung planen Unionsparteien und FDP, alle Haushalte zu entlasten, jedoch Haushalte mit hohem Einkommen stärker. Ein Ehepaar mit zwei Kindern erhielte bei einem beispielhaften Brutto-Einkommen von 300.000 Euro demnach ein finanzielles Plus von etwa 11.000 bis 18.000 Euro. Der gleiche Haushalt bei SPD, Grünen und Linken hätte dagegen weniger Geld zur Verfügung.

### FDP will Spitzenverdiener am stärksten entlasten

Betrachtet man die relativen Zuwächse, die sich aus den Wahlprogrammen ergeben, über verschiedene Einkommensklassen der Haushalte im SOEP, zeigt sich ein ähnliches Bild. Den größten relativen Zuwachs beim verfügbaren jährlichen Durchschnittseinkommen bringt die Linke mit rund 11,1 Prozent für Haushalte mit 10.001 bis 20.000 Euro brutto. Die FDP hingegen plant, Haushalte mit 150.001 bis 250.000 Euro brutto am stärksten zu entlasten und sieht 9,7 Prozent mehr an verfügbarem Einkommen vor.

Die Steuerpläne sowie die sozial- und familienpolitischen Vorschläge der Parteien für die nächste Legislaturperiode wirken sich unmittelbar auf die Maße für Ungleichheit aus, wie die Wissenschaftler zeigten. So würde der sogenannte Gini-Koeffizient bei Umsetzung des Programms der Linken mit -15 Prozent im Vergleich zum Status quo am deutlichsten sinken, gefolgt

von Grünen mit -6,5 Prozent und SPD mit -4,3 Prozent. Würden jedoch die berechneten Vorschläge der FDP mit umgesetzt, stiege das Maß für Ungleichheit um 3,2 Prozent, bei den Unionsparteien um 1,6 Prozent. Die Wissenschaftler beobachten also bei der Verteilungspolitik einen Lagerwahlkampf, bei dem sich die Parteien eindeutig entschieden hätten, wo sie bei der Verteilungspolitik stehen.

### Was bedeutet das für den Staatshaushalt?

Die Wahlprogramme von FDP und CDU/CSU würden kurzfristig bei ihrer Umsetzung mit -88 und -33 Milliarden Euro die größte Lücke in den Staatshaushalt reißen, aufgrund der versprochenen Steuersenkungen. Union und FDP setzen implizit darauf, dass das Wirtschaftswachstum die schwarze Null retten würde, so die Wissenschaftler. Dagegen wies der Staatshaushalt einen Überschuss von 37 bzw. 18 Milliarden Euro auf, wenn die Linke bzw. Grüne die betrachteten Vorschläge umsetzen könnten. Im Programm der Linken liegt dies u. a. an der Vermögensteuer, die ein Prozent für Vermögen ab einer Million Euro und fünf Prozent ab 50 Millionen Euro vorsieht bzw. ein Prozent bei den Grünen, sowie deutlich höheren Spitzensteuersätzen.

Allerdings könnten die mittelfristigen Effekte auf den Staatshaushalt ganz anders ausfallen, wenn die Wähler/innen ihr Verhalten dem Ausgang der Bundestagswahl anpassen. Dies wurde jedoch in der ZEW-Analyse nicht berücksichtigt. So ist etwa zu erwarten, dass Spitzenverdiener/innen bei einem Wahlerfolg der Grünen oder der Linken zumindest einen Teil ihres Vermögens ins Ausland verschieben, um sich so der hohen Besteuerung in Deutschland zu entziehen. Da daraufhin die Steuereinnahmen sanken, wäre der Zuwachs beim Staatshaushalt nicht so groß wie für die kurze Frist prognostiziert. Auch erhoffen sich CDU und FDP Wachstumsimpulse, die die Steuereinnahmen erhöhen könnten. Doch ist es fraglich, ob diese so eintreffen, wie die beiden Parteien es erhoffen.

Download der Studie: [www.zew.de/PU82666](http://www.zew.de/PU82666)

Dr. Florian Buhlmann, [florian.buhlmann@zew.de](mailto:florian.buhlmann@zew.de)  
Prof. Dr. Sebastian Sieglösch, [sebastian.sieglösch@zew.de](mailto:sebastian.sieglösch@zew.de)

### ZUR METHODE

Die Berechnungen wurden mithilfe des Modells ZEW-EviSTA (Evaluationsmodell für integrierte Steuer- und Transferpolitik-Analysen) zum Rechtsstand 2021 durchgeführt. ZEW-EviSTA nutzt als Datengrundlage das Sozio-Ökonomische Panel (SOEP) v.34 zur Berechnung der fiskalischen Effekte, der Ungleichheitsmaße und der Veränderungen der verfügbaren Jahreseinkommen nach Bruttoeinkommen sowie Parteipräferenzen. Mögliche Verhaltensanpassungen – etwa bei der Arbeitszeit oder der Steuervermeidung – werden hierbei ausgeklammert.

# Bisherigen Corona-Steuerhilfen in Deutschland fehlt die Durchschlagskraft

Die bisherigen Corona-Steuerhilfen in Deutschland sind insgesamt zu zaghaft, um die Krisenfolgen abzufedern. In ihrer aktuellen Form entlasten die Maßnahmen hauptsächlich große Unternehmen. Kleine Unternehmen und Start-ups profitieren kaum. Weitere steuerliche Maßnahmen sind daher nötig, damit deutsche Unternehmen gut aus der Krise kommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des ZEW Mannheim im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Die ZEW-Studie untersucht, wie effizient und zielgerichtet die ertragsteuerlichen Maßnahmen zur Milderung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise in Deutschland beitragen. Hierfür wurden verschiedene ertragsteuerliche Maßnahmen evaluiert, insbesondere mit Blick auf die Ausweitung der steuerlichen Verlustverrechnung, der Erhöhung des Freibetrags für gewerbesteuerliche Hinzurechnungstatbestände sowie der Erweiterung bisher anwendbarer Abschreibungsmethoden.

Aus den Ergebnissen der Studie geht hervor, dass diese Maßnahmen im Wesentlichen zu einer zeitlichen Verschiebung der Steuerzahlung führen und damit zur Unternehmensliquidität beitragen. Eine dauerhafte Steuerentlastung für Unternehmen erfolgt nicht. Darüber hinaus kommt es aufgrund des aktuellen Niedrigzinsumfelds zu keinen nennenswerten Kosten für den Staat. Insgesamt haben die ergriffenen Maßnahmen für die Unternehmen zu wenig Durchschlagskraft. Bezogen auf die Unternehmensgröße zeigt sich, dass von den betragsmäßigen Erhöhungen des Verlustrücktrags und des Freibetrags für gewerbesteuerliche Hinzurechnungen hauptsächlich mittelgroße und große Unternehmen profitierten. Kleinere Unternehmen sowie Start-ups werden jedoch zu wenig entlastet.

## Steuerliche Maßnahmen wirkungsvoller gestalten

Mit Blick auf das Ausmaß der Corona-Krise greifen die Maßnahmen viel zu kurz. Diese trifft die deutsche Wirtschaft deutlich härter als die Finanzkrise, weshalb nach den Studienergebnissen weitergehende Maßnahmen angemessen wären. Für eine bessere Entlastung sind weitere Maßnahmen angebracht. So

würde eine zeitliche Ausweitung des Verlustrücktrags sowohl kleinen als auch mittelgroßen Unternehmen deutlich wirkungsvoller helfen. Darüber hinaus plädieren die Wissenschaftler/innen für eine Aussetzung der Mindestbesteuerung für kriseninduzierte Verluste. Denn durch die Besteuerung von Gewinnen trotz hoher bestehender Verlustvorräte droht die Mindestbesteuerung die wirtschaftliche Erholung von Unternehmen auszubremsen. Der krisenverschärfende Effekt von 2020 und 2021 entstandenen Verlusten kann nur dann aufgehalten werden, wenn auch deren Mindestbesteuerung zeitweise ausgesetzt wird. Dadurch würde auch der Staatshaushalt nicht nennenswert belastet.

Zudem würde eine großzügigere Ausgestaltung der Abschreibungsregelungen allen Unternehmen zugute kommen – und stärker zukunftsgerichtete Investitionen fördern. Anstatt einer breit angelegten Förderung könnten Defizite über mehr zielgerichtete Vergünstigungen aufgeholt werden. In Betracht kommen hier beispielsweise Regelungen wie der Investitionsabzugsbetrag, von dem speziell kleine und mittlere Unternehmen profitieren können.

## Andere Länder deutlich unternehmens- und wachstumsfreundlicher

Mit Blick in andere Länder zeigt sich, dass eine Nachjustierung der deutschen Corona-Steuerhilfen empfehlenswert ist. Die USA oder das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland haben im Rahmen der Verlustverrechnung oder bei den Abschreibungsregeln deutlich großzügigere Sofortmaßnahmen erlassen, um wirtschaftliche Folgen für Unternehmen abzufedern. Damit deutsche Unternehmen künftig im internationalen Wettbewerb nicht hinterherhinken, sollte die Politik daher für sie deutlich unternehmens- und wachstumsfreundlichere Regelungen schaffen.

Download der Studie: [www.zew.de/PU82662](http://www.zew.de/PU82662)

Prof. Dr. Christoph Spengel, [spengel@uni-mannheim.de](mailto:spengel@uni-mannheim.de)  
 Leonie Fischer, [leonie.fischer@zew.de](mailto:leonie.fischer@zew.de)  
 Theresa Bührle, [theresa.buehrle@zew.de](mailto:theresa.buehrle@zew.de)

## INHALT

Wer von welcher Regierungsbeteiligung in Deutschland profitieren könnte ... 1  
 Innovationsstarke Unternehmen sind widerstandsfähiger  
 in der Corona-Krise ..... 4  
 Schwerpunkt Umwelt/Energie ..... 5  
 Baden-Württemberg hat beim Ausbau der digitalen  
 Infrastruktur Fortschritte gemacht. .... 8

Nachgefragt: Wie erreichen wir Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsplatz? ... 9  
 ZEW intern ..... 10  
 Daten und Fakten, Termine ..... 11  
 Standpunkt ..... 12

# Innovationsstarke Unternehmen sind widerstandsfähiger in der Corona-Krise

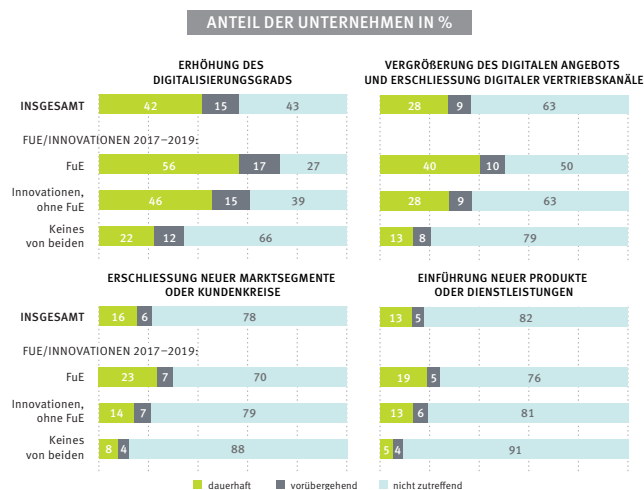
Deutsche Unternehmen haben ihre Innovationsaktivitäten während der Corona-Pandemie im Durchschnitt weniger stark eingeschränkt als befürchtet. Jedoch bewältigen Unternehmen innovationsstarker Branchen die Krise besser. Dies legt die Innovationserhebung des ZEW Mannheim nahe, eine jährliche Umfrage zum Innovationsgeschehen bei mehr als 25.000 Unternehmen in Deutschland.

So planten deutsche Unternehmen, die im Rahmen der ZEW-Innovationserhebung von März bis Juli 2020 befragt wurden, ihre Innovationsausgaben im Jahr 2020 im Durchschnitt um etwa zwei Prozent zu verringern. Zum Vergleich: Während der Finanzkrise 2009 senkten die Unternehmen ihre Innovationsausgaben deutlich stärker, um durchschnittlich elf Prozent. Kleinere Unternehmen zwischen fünf und unter 100 Beschäftigten kürzten ihre Innovationsausgaben um sieben bis 17 Prozent.

## Nicht alle Branchen fahren FuE-Ausgaben zurück

Allerdings unterscheiden sich die einzelnen Branchen erheblich hinsichtlich ihrer Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE), die einen Teil der Innovationsausgaben ausmachen. Während viele Unternehmen der pharmazeutischen Industrie und der IKT-Dienstleistungen (einschließlich Software-Programmierung) ihre FuE-Ausgaben deutlich steigern wollten, planten Unternehmen aus der chemischen und der elektronischen Industrie oder dem Automobilbau, ihre FuE-Ausgaben eher auf einem stabilen Niveau zu halten.

## STRATEGISCHE REAKTIONEN DEUTSCHER UNTERNEHMEN AUF DIE CORONA-KRISE NACH INNOVATIONSTÄTIGKEIT VOR DER KRISE



Ungewichtete Auszählung der Unternehmen, die bis Mitte April 2021 an der Befragung des Mannheimer Innovationspanels und an mindestens einer der drei Befragungswellen zwischen 2018 und 2020 teilgenommen haben. Anzahl der Beobachtungen: 3.912-3.919. Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Unternehmen in Maschinenbau, Ingenieurwesen und sonstigem Fahrzeugbau wollten die FuE-Ausgaben moderat um vier bis sechs Prozent senken. Die Branchen hingegen, die eine sehr starke Reduzierung der FuE-Ausgaben planten, spielen für das gesamtdeutsche Innovationsgeschehen eine untergeordnete Rolle, so die Autoren/-innen der Studie.

Während der Corona-Krise erwiesen sich innovationsstarke Unternehmen als relativ widerstandsfähig gegen mögliche negative Folgen der Pandemie. Sie trieben oftmals die Digitalisierung interner Prozesse und Produkte voran, versuchten, neue Märkte zu erschließen und neue Kundenkreise anzusprechen, und führten neue Produkte und Prozesse ein – alles Aktivitäten, die zum Unternehmenswachstum beitragen.

Laut den Autoren/-innen kommt außerdem hinzu, dass diese Maßnahmen eher auf Dauer angelegt und nicht nur vorübergehender Natur sind. So stärken sie nicht nur in der aktuellen Krise, sondern auch in den nächsten Jahren die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

## Unternehmen reorganisieren ihre Innovationsaktivitäten in der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie hat Unternehmen ebenfalls dazu veranlasst, ihre Innovationsaktivitäten zu reorganisieren. Dabei erwies sich insbesondere der Start neuer Innovationsvorhaben als schwierig. Manches Vorhaben wurde in die Zukunft verschoben, oder Unternehmen verlängerten die Laufzeit von Innovationsprojekten. Gleichzeitig brachten sie neue Projekte für Produkt- und Prozessinnovationen auf den Weg.

Insofern geben die Ergebnisse der ZEW-Analysen zwar Anlass zur Hoffnung, dass die deutschen Unternehmen nach der Krise bei FuE und Innovationen rasch zurück auf einen Wachstumspfad gelangen werden. Allerdings sollten politische Entscheidungsträger berücksichtigen, dass die Corona-Pandemie die bestehende Lücke zwischen der kleinen Gruppe innovativer Unternehmen und der größeren Gruppe von Unternehmen mit geringfügigen oder gar keinen Innovationsaktivitäten erweitern kann, so die Wissenschaftler/innen.

Um dem entgegenzuwirken, sollte die Politik innovationsschwachen Unternehmen stärkere Anreize zur Steigerung der Innovationsausgaben bieten, wie etwa durch einen Ausbau der steuerlichen FuE-Förderung. Gleichzeitig sind aber auch weitere Impulse für den Start neuer FuE-Vorhaben sinnvoll, insbesondere wenn sie Beiträge für neue Technologien leisten können, beispielsweise um den Klimawandel zu bekämpfen.

Download der Studie: [www.zew.de/PU82681](http://www.zew.de/PU82681)

Josefine Diekhof, Ph.D., [josefine.diekhof@zew.de](mailto:josefine.diekhof@zew.de)  
 Bastian Krieger, [bastian.krieger@zew.de](mailto:bastian.krieger@zew.de)  
 Dr. Christian Rammer, [christian.rammer@zew.de](mailto:christian.rammer@zew.de)





## Schwerpunkt UMWELT/ENERGIE

# Europäische Union könnte Klima um 152 Milliarden Euro günstiger schützen

Im Juli 2021 stellte die Europäische Kommission ihre Reform des europäischen Emissionshandels vor, mit deren Hilfe die Kosten für den Klimaschutz im Jahr 2030 von 2,8 Prozent des EU-weiten Konsums auf 1,9 Prozent gesenkt werden sollen. Dieser Vorschlag schöpft allerdings nicht das vollständige Einsparpotenzial in Höhe von 1,1 Prozent aus. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Berechnung des ZEW Mannheim auf Basis eines makroökonomischen Simulationsmodells.

CO<sub>2</sub>-Emissionen werden in der Europäischen Union (EU) bisher innerhalb von zwei getrennten Systemen reguliert: dem EU-Emissionshandelssystem (EU ETS), das hauptsächlich die Emissionen aus der Elektrizitätswirtschaft und energieintensiven Industrien abdeckt, und der so genannten Lastenteilungsvereinbarung („Effort Sharing Regulation“), die Ziele für Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Industrie definiert, die nicht in den Geltungsbereich des EU ETS fallen. Diese Sektoren ebenfalls in den EU ETS zu integrieren, war bisher diskutiert worden. Die EU-Kommission geht nun mit dem Vorschlag eines zusätzlichen Handelssystems zunächst einen anderen Schritt.

Die ZEW-Umweltökonom\*innen simulierten in einem Modell, wie sich die Reform des EU-Emissionshandels auswirkt. Ihr Fazit: Durch eine geschickte Verteilung des CO<sub>2</sub>-Budgets könnten sogar bis zu 152 Milliarden Euro an volkswirtschaftlichen Kosten eingespart werden. Der vorliegende Kommissionvorschlag hingegen verringert die Klimaschutzkosten um lediglich 81 Milliarden Euro – größtenteils durch die Einführung eines zweiten Emissionshandelssystems.

### Zweites Emissionshandelssystem soll EU ETS ergänzen

Mit ihrem „Fit-for-55-Paket“ schlägt die EU-Kommission eine Reform der europäischen CO<sub>2</sub>-Märkte vor. Demnach soll das bestehende Emissionshandelssystem EU ETS, das den Energiesektor sowie energieintensiven Branchen umfasst, durch ein zweites Emissionshandelssystem ergänzt werden.

Die Einführung eines zweiten CO<sub>2</sub>-Marktes ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, so die Wissenschaftler, denn so werden Branchen wie Verkehr und Gebäude in den Emissionshandel integriert, die bisher nicht erfasst sind. Außerdem senkt die EU die volkswirtschaftlichen Kosten für das Erreichen ihrer Klimaziele damit deutlich.

### Klimaschutzkosten lassen sich noch weiter senken

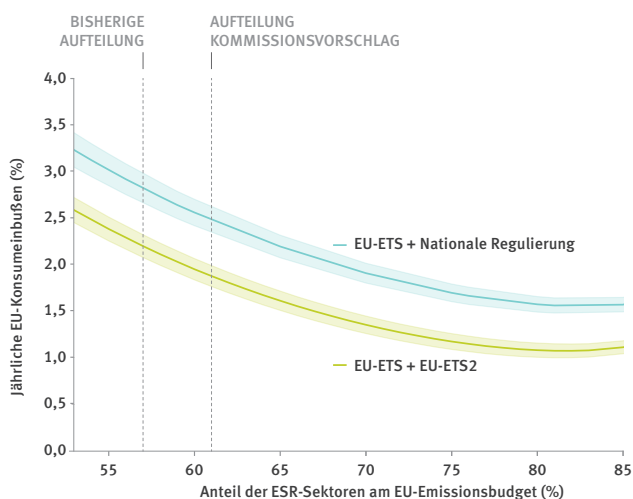
Im Jahr 2030 will die EU ihre Treibhausgasemissionen um 55 Prozent im Vergleich zum Referenzjahr 1990 reduziert haben. Dies kostet EU-weit im Vergleich zum Status quo rund 2,8 Prozent der Wirtschaftsleistung. Hierdurch fehlen 247 Milliarden Euro, die sonst für privaten Konsum zur Verfügung stünden. Um die Klimaziele zu den geringsten volkswirtschaftlichen Kosten zu erreichen, sollten Emissionen dort reduziert werden, wo es am wenigsten kostet, schlagen die Wissenschaftler\*innen vor.

Durch eine optimale Aufteilung der Menge an CO<sub>2</sub>, die die EU bei einem 55-Prozent-Ziel noch emittieren kann, ließen sich die Kosten senken – von 2,8 Prozent des EU-weiten Konsums bzw. 247 Milliarden Euro auf 1,1 Prozent des Konsums bzw. 95 Milliarden Euro –, wie die ZEW-Wissenschaftler\*innen mithilfe ihrer Simulationsanalyse herausfanden.

### ZUR METHODE

Mithilfe eines mit Daten gespeisten Simulationsmodells können die ZEW-Umweltökonom\*innen vorab evaluieren, welche volkswirtschaftlichen Kosten die vorgeschlagene EU-Klimapolitik nach sich zieht und wie der optimale Marktzuschnitt ist, um diese möglichst gering zu halten. Bei ihrer Berechnung abstrahierten die ZEW-Wissenschaftler\*innen von Wohlfahrtsgewinnen, die sich aus der Verhinderung des Klimawandels ergeben, wie beispielsweise das Vermeiden von Gesundheitsschäden und extremen Wetterereignissen.

## ÖKONOMISCHE KOSTEN DES 55-PROZENT-ZIELS



Ökonomische Kosten beziehen sich auf die Veränderung des EU-weiten Konsums im Jahr 2030. Dabei werden mögliche Wohlfahrtsgewinne ausgeblendet, die sich aus der Verhinderung des Klimawandels ergeben. Schattierte Flächen zeigen die Standardabweichung, durchgezogene Linien die Erwartungswerte. Quelle: ZEW

Durch das neue Emissionshandelssystem bei jetziger Aufteilung des CO<sub>2</sub>-Budgets gelingt es der EU-Kommission bereits 22 Prozent der Klimaschutzkosten zu reduzieren, erklären die Autoren der ZEW-Studie. Verteilt die EU ihr CO<sub>2</sub>-Budget klug, könnte sie die Kosten sogar um bis zu 61 Prozent senken.

Da die Höhe der Reduktionskosten in den einzelnen Sektoren sehr variiert, beeinflusst die Entscheidung über die Aufteilung des Emissionsbudgets direkt und in hohem Maße, wie sich die wirtschaftlichen Lasten zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren und EU-Mitgliedstaaten verteilen.

Wie die Wissenschaftler betonen, würde den Sektoren Gebäude und Verkehr durch ein zweites Emissionshandelssystem ein deutlich größeres Emissionsbudget zuteil, während ein Großteil der ambitionierten Klimaziele über Emissionsminderungen im Stromsektor und bei den energieintensiven Industrien realisiert werden müsste.

Download des ZEW policy briefs: [www.zew.de/PU82677](http://www.zew.de/PU82677)

Prof. Dr. Sebastian Rausch, [sebastian.rausch@zew.de](mailto:sebastian.rausch@zew.de)  
Dr. Jan Abrell, [jan.abrell@zew.de](mailto:jan.abrell@zew.de)

## Welche Faktoren treiben den Kohlendioxid-ausstoß in der deutschen Industrie?

Seit Einführung der Ökosteuer 1999 wurden in Deutschland zahlreiche politische Maßnahmen umgesetzt, um den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu senken. So gibt es seit 2000 die Einspeisevergütung für erneuerbare Energien durch das Erneuerbare Energien-Gesetz, und 2005 trat das EU-Emissionshandelssystem (EU ETS) in Kraft, das die CO<sub>2</sub>-Emissionen bestimmter Sektoren EU-weit bepreist. Mit Ausnahme des EU ETS bleiben die meisten klimapolitischen Maßnahmen eine nationale Angelegenheit.

Weltweit sind viele Länder beim Regulieren von Treibhausgasemissionen weniger streng als Deutschland oder lassen sie sogar unreguliert. Daher wurde die Einführung klimapolitischer Maßnahmen, die tendenziell die Kosten fossiler Energie erhöhen, von Debatten über ihre negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit begleitet.

### Wie entwickeln sich CO<sub>2</sub>-Emissionen und -Intensität?

Eine Studie des ZEW Mannheim untersucht anhand detaillierter administrativer Mikrodaten der Statistischen Ämter von Bund und Ländern, wie sich CO<sub>2</sub>-Emissionen und -Intensität im deutschen verarbeitenden Gewerbe zwischen 2005 und 2017 entwickelt haben. Das verarbeitende Gewerbe ist im deutschen Kontext von besonderem Interesse, da es sowohl für einen großen Anteil am Bruttoinlandsprodukt (etwa 25 Prozent im Jahr 2018) als auch an den CO<sub>2</sub>-Emissionen (23 Prozent im Jahr 2018) verantwortlich ist. Insbesondere analysieren die Autorinnen der Studie die Rolle von Umfang, Zusammensetzung und Techniken

der Produktion für die Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Beobachtungszeitraum.

Obwohl das Produktionsniveau gestiegen ist, haben die Emissionen nicht in gleichem Maße zugenommen. Durch eine Umstellung auf eine sauberere Produktionszusammensetzung ab 2011 liegen die Emissionen im Jahr 2017 im Vergleich zu einer kontrafaktischen Situation, in der Produktionstechnik und -zusammensetzung wie im Jahr 2005 bleiben, um neun Prozent niedriger.

### CO<sub>2</sub>-Intensitäten der Produktion gestiegen

Diese Bereinigung wäre sogar noch größer gewesen, wenn die Produktionstechnik in diesem Zeitraum nicht schmutziger geworden wäre, das heißt die Emissionsfaktoren der Produktion nicht gestiegen wären. Die CO<sub>2</sub>-Intensitäten der Produktion haben zugenommen, obwohl die Emissionsfaktoren der Energieträger generell gesunken sind und der Energiemix tendenziell weniger CO<sub>2</sub>-intensiv geworden ist.

Steigende CO<sub>2</sub>-Intensitäten sind also eine Folge steigender Energieintensitäten, was im Gegensatz zur Betonung und Förderung der Energieeffizienz durch die Politik steht. Diese Ergebnisse werden größtenteils von den energie- und CO<sub>2</sub>-intensivsten Sektoren, wie etwa Chemie und Koks, getrieben, während weniger CO<sub>2</sub>-intensive Sektoren entgegengesetzte Muster aufweisen.

Download der Studie: [www.zew.de/PU82460](http://www.zew.de/PU82460)

Elisa Rottner, [elisa.rottner@zew.de](mailto:elisa.rottner@zew.de)  
Kathrine von Graevenitz, [kathrine.vongraevenitz@zew.de](mailto:kathrine.vongraevenitz@zew.de)



# Wie sich die deutsche Förderung erneuerbarer Energien über Staatsgrenzen auswirkt

Die Bereitstellung von Strom auf Grundlage erneuerbarer Energien ist ein entscheidender Bestandteil effektiver Klimapolitik. Eine aktuelle Studie von ZEW Mannheim und dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) untersucht, wie sich die Förderung erneuerbarer Energien in Deutschland im länderübergreifend organisierten europäischen Stromnetz auswirkt.

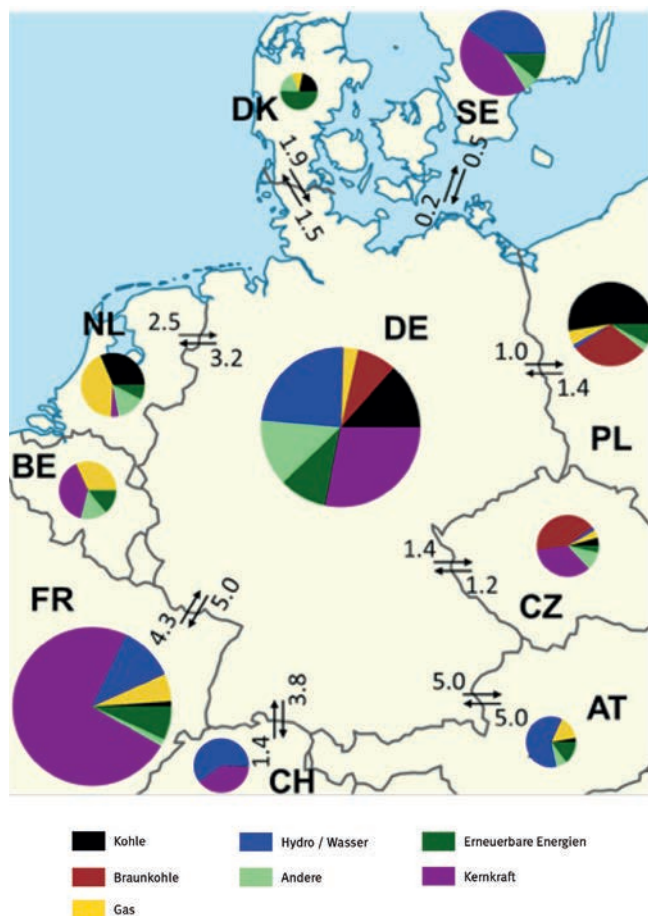
Um den Klimawandel zu bekämpfen und die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen, ist es notwendig, die Treibhausgasemissionen schnell und drastisch zu senken. Eine besondere Rolle spielt hier der Stromsektor: Er zählt zu den Hauptemittenten von CO<sub>2</sub>, und die Emissionsvermeidung in Sektoren wie Verkehr und Wärmeerzeugung hängt davon ab, wie viel CO<sub>2</sub>-freier Strom auf Basis erneuerbarer Energien bereitgestellt wird.

Regulierungen zur Minderung der Emissionen im Stromsektor finden in der Europäischen Union auf zwei Weisen statt: Ers-

tens erhebt das Europäische Emissionshandelssystem (EU ETS) einen einheitlichen Preis auf die in der Stromerzeugung verursachten Kohlenstoffemissionen. Zweitens sind die Mitgliedsstaaten dafür verantwortlich, erneuerbare Energien zu fördern. Verfügbare erneuerbare Energien beispielsweise aus Wind- oder Sonnenenergie ersetzen die teuersten Stromerzeuger, die oft auf fossile Brennstoffe angewiesen sind. Durch die Verdrängung der teuersten Stromerzeuger sinken die Strompreise im Großhandel und die Kohlenstoffemissionen.

In länderübergreifenden Stromsystemen bleiben diese Effekte jedoch nicht auf den jeweiligen Staat beschränkt. Durch die Veränderung der Strompreise werden Stromexporte stimuliert und die konventionelle Stromerzeugung teilweise auch in den Nachbarstaaten verdrängt. Die ökonomischen und Umweltauswirkungen hängen maßgeblich von den Möglichkeiten zum Stromhandel, also den Übertragungskapazitäten zwischen den Staaten, und den installierten Kraftwerkskapazitäten ab. So ist es in Staaten mit vielen Kohlekraftwerken (beispielsweise die Tschechische Republik) wahrscheinlicher, dass die Exporte CO<sub>2</sub>-intensive Kohleerzeugung ersetzen, als beispielsweise in Ländern mit vielen Wasserkraftwerken (etwa Schweden).

## DEUTSCHE STROMHANDELSKAPAZITÄTEN



Die Abbildung zeigt die durchschnittliche stündliche Nettoübertragungsleistung (Bundesnetzagentur (BNetzA), 2019) und die Erzeugungsanteile nach Technologien (ENTSO-E, 2021) für das Jahr 2018. Die Größe der Tortendiagramme ist auf die Gesamtenergieerzeugung im jeweiligen Land skaliert. Der mittlere stündliche Bedarf in Deutschland betrug etwa 58 GW  
Quelle: ZEW / BNetzA / ENTSO-E.

## Deutsche Verbraucher tragen den größten Kostenanteil

Die Autoren/-innen der Studie untersuchen anhand eines umfangreichen Datensatzes mit stündlichen technologiespezifischen Erzeugungs- und Großhandelsmarktpreisdaten für zehn mitteleuropäische Staaten, wie sich die deutschen erneuerbaren Energien auswirken. Sie kommen zu drei Hauptergebnissen: Erstens kompensierten die deutschen erneuerbaren Energien in den Jahren 2015 bis 2020 im Durchschnitt zwischen 79 und 113 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Jahr zu Kosten zwischen 212 und 321 Euro je Tonne. Zweitens findet mit 80 bis 90 Prozent der größte Teil der Emissionssenkungen in Deutschland selbst statt. Drittens tragen die deutschen Verbraucher/innen den größten Kostenanteil der Förderung von erneuerbaren Energien, gefolgt von den deutschen Erzeugern.

Auch die Strommärkte der Nachbarstaaten profitieren von günstigeren Stromimporten aus Deutschland. Dieser grenzüberschreitende Effekt führt zur Verschiebung der ökonomischen Renten von den Erzeugern hin zu den Verbrauchenden: Die Gewinne der Erzeuger sanken, während Verbrauchern/-innen die niedrigeren Stromkosten zugutekamen. Diese Effekte gleichen sich insgesamt nahezu aus, wobei Nettoimportstaaten einen leichten wirtschaftlichen Nutzen aus den deutschen erneuerbaren Energien ziehen, da die Kosten für Stromimporte sinken.

Download der Studie: [www.zew.de/WS51](http://www.zew.de/WS51)

Dr. Jan Abrell, [jan.abrell@zew.de](mailto:jan.abrell@zew.de)  
Dr. Mirjam Kosch, [mirjam.kosch@pik-potsdam.de](mailto:mirjam.kosch@pik-potsdam.de)



# Baden-Württemberg hat beim Ausbau der digitalen Infrastruktur Fortschritte gemacht

Die digitale Transformation hält Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf Trab. Doch wie gut gelingt es den Bundesländern, mit der rasanten Entwicklung Schritt zu halten? Eine Bestandsaufnahme für Baden-Württemberg zeigt, dass das Land seit der Verabschiedung seiner Digitalisierungsstrategie digital@bw im Jahr 2017 große Fortschritte gemacht hat. Die Corona-Pandemie hat diesen Wandlungsprozess erheblich beschleunigt, zugleich aber auch Defizite offengelegt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Metastudie, die das ZEW Mannheim im Auftrag des Landes erstellt hat.

Auf Grundlage zahlreicher Studien und Daten kommen die ZEW-Wissenschaftler/innen zu dem Schluss, dass Baden-Württemberg seit der ersten Bestandsaufnahme zum Stand der Digitalisierung im Jahr 2017 deutliche Fortschritte beim Ausbau der digitalen Infrastruktur gemacht hat. So ist eine flächendeckende Minimalversorgung mit DSL fast im ganzen Bundesland erreicht. Bei Bandbreiten über 50Mbit/s hat vor allem der ländliche Raum, wo ein Großteil der Unternehmen ansässig ist, aber noch Aufholbedarf. Gleiches gilt auch für Gigabit-Anschlüsse, die sich bisher auf die Städte konzentrieren. Beim Mobilfunk ist die LTE-Infrastruktur bis auf Lücken im ländlichen Raum gut ausgebaut. Die Schaffung der Infrastruktur für 5G als der nächsten Generation des Mobilfunkstandards ist im Gang.



Foto: iStockphoto/metamorworks

Neben der Infrastruktur wird auch die Cybersicherheit aufgrund der zunehmenden digitalen Vernetzung aller Lebensbereiche immer wichtiger. Die Gefahr digitaler Angriffe wächst. Das kann zu einer übermäßigen Ablehnung technischer Innovation führen wie auch zu erheblichen finanziellen Schäden bei Privatpersonen und Unternehmen. Maßnahmen von Seiten des Landes zur Erhöhung der Cybersicherheit, wie die neu gegründete Cybersicherheitsagentur, sind daher von großer Bedeutung, um

auch in Zukunft einen möglichst reibungslosen digitalen Transformationsprozess zu garantieren.

Die intensive Förderung von Zukunftstechnologien wie der Künstlichen Intelligenz (KI) und der Quantentechnologie sind essenziell im Hinblick auf die künftige Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes. So hat das Cyber Valley, ein europaweit einmaliges Forschungszentrum für KI und intelligente Systeme, das Grundlagenforschung mit dem Transfer in die Anwendung verbindet, mittlerweile überregionalen und internationalen Vorbildcharakter als KI-Ökosystem. Die Verbindung der Digitalisierung mit Anwendungsfeldern wie der Gesundheit schafft neue Potenziale und weitet zudem den früheren Fokus des Landes als Standort der klassischen Branchen Automobil- und Maschinenbau auf weitere Zukunftsfelder aus. Positiv zu bewerten ist außerdem, dass die Digitalisierung mit ökologischen Nachhaltigkeitszielen verbunden und durch Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen flankiert wird.

## Baden-Württemberg muss die nationale und internationale Anschlussfähigkeit im Blick behalten

Bei dem Bestreben, die digitale Transformation weiter voranzutreiben, muss Baden-Württemberg, so die Empfehlung der Autoren/-innen der Metastudie, stets die nationale und europäische Anschlussfähigkeit im Blick behalten. Zudem sollte der Erfolg einzelner Maßnahmen regelmäßig evaluiert werden, um gegebenenfalls Anpassungen oder Nachsteuerungen vornehmen zu können. Digitalisierung ist ein kontinuierlicher Prozess, der durch das Aufkommen neuer Technologien und die Veränderung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen getrieben wird. Daher sind kontinuierliche Anpassungen und gegebenenfalls Neuausrichtungen unabdingbar, um die erreichte gute Position nicht zu verlieren.

Für die Metastudie „Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung in Baden-Württemberg“ wurde eine Vielzahl an Studien zur Digitalisierung in Baden-Württemberg seit 2017 gesichtet und ihre Ergebnisse zusammengetragen. Schwerpunkte der Betrachtung waren die Themen Bildung und Weiterbildung, E-Government/digitale Kommune, Gesundheitswesen/Medizin, Mobilität sowie Wirtschaft. Betrachtet wurden aber auch Querschnittsthemen wie Forschung, Entwicklung und Innovation, digitale Infrastruktur inklusive Mobilfunknetz, Digitalisierung als Chance für Nachhaltigkeit sowie Cybersicherheit. Einbezogen wurden zudem in jüngster Vergangenheit neu hinzugekommene Themen wie die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Digitalisierung, Big Data, KI, Cloud Computing und Edge Computing sowie Blockchain.

Download der Metastudie: [www.zew.de/PU82638](http://www.zew.de/PU82638)

Prof. Dr. Irene Bertschek, [irene.bertschek@zew.de](mailto:irene.bertschek@zew.de)



Nachgefragt: Wie erreichen wir Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsplatz?

## Unterschiede zwischen verschiedenen Qualifikationsniveaus sind vorhanden

Familienbedingte Auszeiten, Teilzeitarbeit, schlechter bezahlte Berufe – die Ursachen für das unterschiedliche Einkommensniveau zwischen Frauen und Männern sind vielfältig. In Deutschland verdienen Frauen derzeit durchschnittlich 19 Prozent weniger als Männer. ZEW-Wissenschaftlerin Jun.-Prof. Dr. Susanne Steffes erklärt im Interview, wo die Herausforderungen aktuell liegen und wie Beschäftigte eine Geschlechterquote bewerten.

### Hat sich etwas bei der Lohnlücke getan?

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich einiges verbessert, die Lohnlücke war früher zeitweise noch größer. Es ist erfreulich, dass sich der Abstand zwischen den Geschlechtern verringert. Mit 19 Prozent gibt es noch eine markante Differenz, die sich durch viele Faktoren erklären lässt. Es bleibt in der Forschung immer auch ein Teil übrig, der nicht zu erklären ist.

Die unterschiedliche Berufswahl spielt hier eine Rolle, Teilzeitarbeit, Auszeiten wegen Elternzeit – all dies erklärt, warum Frauen weniger verdienen und wesentlich seltener Führungspositionen innehaben. Aber vergleicht man Frauen, die in ähnlichen Positionen arbeiten wie Männer, dann bleiben immer noch sechs Prozent Lohnlücke übrig. Das kann zum Beispiel daran liegen, dass Frauen ihr Einkommen schlechter verhandeln oder sich nicht so erfolgreich wie Männer Frauen einzufordern, was sie verdienen sollten. Sie sind im Durchschnitt weniger kompetitiv, weniger risikofreudig als Männer. Das sind alles Eigenschaften, die die restlichen sechs Prozent erklären können.

### Spielt das Qualifikationsniveau auch eine Rolle?

Es gibt durchaus Unterschiede zwischen verschiedenen Qualifikationsniveaus. Man sieht zum Beispiel bei hochqualifizierten Frauen, dass sie sich stärker im Arbeitsmarkt beteiligen als niedrig qualifizierte Frauen. Wenn sie Kinder bekommen, kommen sie schneller wieder zurück in den Job und arbeiten seltener in Teilzeit. Das hilft ihnen natürlich, dass die Lohnlücke zu den Männern nicht zu groß wird. Außerdem gehen hochqualifizierte Frauen auch häufiger in Führungspositionen. Dennoch sind auch hier die Geschlechterunterschiede markant.

Deshalb sollten wir uns bei Gehältern und Führungspositionen nicht nur Gedanken über die Unterschiede zwischen Frauen und Männern machen, sondern auch über die Unterschiede innerhalb der Gruppe der Frauen. Weltweit sieht man in vielen industrialisierten Ländern, dass die Lücke zwischen niedrig- und hochqualifizierten Frauen steigt, wogegen sie im Durchschnitt zwischen Frauen und Männern sinkt.

### Wie kommt eine Geschlechterquote an?

Im Grunde genommen gibt es zwei Motive, wie man eine Quote einschätzen kann: Man kann sie gerecht finden, weil man findet, dass die Gruppe, die durch die Quote bevorteilt wird, vorher benachteiligt war. Das umgekehrte Motiv basiert auf dem Leis-

tungsprinzip: Beschäftigte lehnen eine Quote ab, weil nach ihrer Auffassung nach Leistung beurteilt werden sollte. Sie sind der Meinung, dass die Quote ungerechtfertigter Weise Menschen bevorteilt, die eine schlechtere Leistung erbringen.

Diese zwei Motive pro und contra einer Geschlechterquote haben wir in einer Studie abgefragt. Sie zeigt: Es gibt einen hohen Anteil an Beschäftigten, die mit der Quote einverstanden sind. Es gibt aber auch einen signifikanten Anteil, die eine Quote nicht gerecht finden. Männer sind dabei häufiger gegen eine Quote als Frauen. Das Gerechtigkeitsargument ist erheblich stärker bei den Frauen ausgeprägt, das Leistungsprinzipmotiv dagegen viel stärker bei den Männern. Vor allem dort, wo Männer potenziell durch eine Geschlechterquote bedroht sind, sehen wir, dass die negative Einschätzung einer Geschlechterquote stärker ausgeprägt ist.

Außerdem ist das Gerechtigkeitsmotiv vor allem dann ausgeprägt, wenn Angestellte Ungerechtigkeiten im Betrieb bei der Besetzung von Führungspositionen sehen. Dieser Zusammenhang, dass Angestellte die Situation bisher als ungerecht empfunden haben und finden, eine Quote sei notwendig, um sie gerechter zu gestalten, ist bei der Einschätzung klar zu sehen.

### Neben der Geschlechterquote gibt es das Entgelttransparenzgesetz. Trägt es zu mehr Geschlechtergerechtigkeit bei?

Ob es Wirkung zeigt im Sinne dessen, dass sich die Lohnlücke verringert, wage ich zu bezweifeln. Viel Forschung gibt es dazu noch nicht, da das Gesetz relativ jung ist. Was wir aber schon jetzt sagen können: Die Möglichkeit, sich im Unternehmen ausrechnen zu lassen, wo man als Arbeitnehmer/in steht, wird bislang relativ selten genutzt.

“



**Jun.-Prof. Dr. Susanne Steffes**

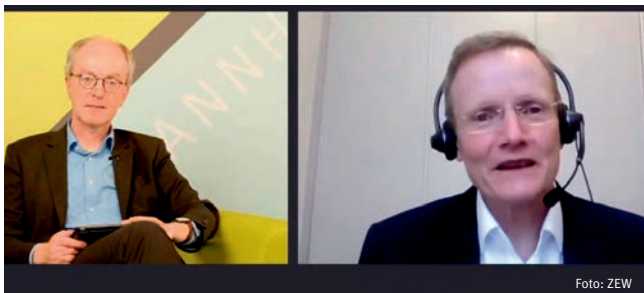
ist stellvertretende Leiterin im ZEW-Forschungsbereich „Marktdesign“ und seit Mai 2016 Juniorprofessorin für empirische Personalökonomik an der Universität zu Köln. Ihr Arbeitsgebiet ist die personalökonomische Forschung und Beratung. Ihre Forschungsinteressen lie-

gen in der Gestaltung von Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen, wo sie beispielsweise die Wirkungen von Instrumenten des Personalmanagements auf die Beschäftigungsdynamik innerhalb von Organisationen untersucht oder wie eine möglichst effiziente Allokation von Beschäftigten im internen Arbeitsmarkt gewährleistet werden kann. Ein weiteres Forschungsfeld sind die Effekte von Digitalisierung auf die Arbeitsorganisation, insbesondere die Wirkung mobiler Arbeit und veränderter Anforderungen an die Personalentwicklung.

susanne.steffes@zew.de

## Virtueller #ZEWBookTalk mit Ludger Schuknecht über Staatsausgaben

Zum #ZEWBookTalk am 6. Juli 2021 konnte Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“, Dr. Ludger Schuknecht begrüßen, der derzeit als Gastprofessor an der Lee



Friedrich Heinemann (links) diskutierte mit Ludger Schuknecht im #ZEWBookTalk über Staatsausgaben.

Kuan Yew School of Public Policy lehrt und früher stellvertretender Generalsekretär der OECD und Chefökonom im Bundesfinanzministerium war.

Schuknecht beschäftigt sich in seinem Buch „Public Spending and the Role of the State“ mit den fiskalischen Risiken der Zu-

kunft. Wichtig sei, genügend staatliche Mittel für die produktiven Sektoren bereit zu stellen und den Anteil der Sozialausgaben, gerade mit Blick auf den demografischen Wandel, nicht zu stark wachsen zu lassen. Zudem müssten Maßnahmen gegen den Klimawandel finanziert werden, und auch Corona habe die Situation der Industriestaaten nicht leichter gemacht. Laut Schuknecht müsse deshalb in den kommenden Jahren oberste Priorität haben, die Staatschulden im Rahmen einer nachhaltigen Finanzpolitik auf ein tragbares Niveau zurückzufahren. Auch die Zentralbanken verdienen besondere Beachtung, so Schuknecht, denn ihre Bedeutung habe durch die gewachsene Staatsverschuldung insbesondere auch aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie durch die Corona-Krise erheblich zugenommen. Hier bestehe das Risiko, dass die Politik in manchen Staaten sich zu sehr darauf verlassen könnte, dass die Zentralbank im Ernstfall ja doch eingreife und notwendige Reformen und Maßnahmen zum Schuldenabbau unterblieben. Im sich anschließenden Gespräch zwischen Schuknecht und Heinemann ging es um den weiteren deutlichen Anstieg der Staatsausgaben in den vergangenen zwanzig Jahren und um die Frage, wie vor allem die Sozialausgaben und die Finanz- und Wirtschaftskrise dazu beigetragen haben.

## Europaparlament-Abgeordnete Constanze Krehl bei #ZEWlive

Arbeitsplätze, schnelles Internet, eine gute ÖPNV-Verbindung – vieles ist in Deutschland und Europa regional ungleich verteilt. Doch wie lassen sich gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen und wie viel Gleichheit brauchen wir? Darüber diskutierten am 23. Juni 2021 im Rahmen des Digitalformats #ZEWlive die sächsische Abgeordnete des Europäischen Parlaments Constanze Krehl und ZEW-Experte Prof. Dr. Sebastian Sieglöck, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Soziale Sicherung und Vertei-

lung“. In der Diskussion betonte Sieglöck, dass Regionalpolitik besser sei als ihr Ruf. Sie könne einen wichtigen Beitrag zur Verringerung regionaler Ungleichheiten und zur Herstellung von Chancengleichheit leisten – solange die Förderung zielgerichtet sei. Krehl äußerte den Wunsch, mehr über Grenzen zu schauen und Möglichkeiten zu nutzen, neue florierende Regionen zu erschaffen. Auch eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Regionalpolitik sei zu unterstützen.

## Volksbank Weinheim Stiftung und ZEW verleihen Wissenschaftspreis 2020

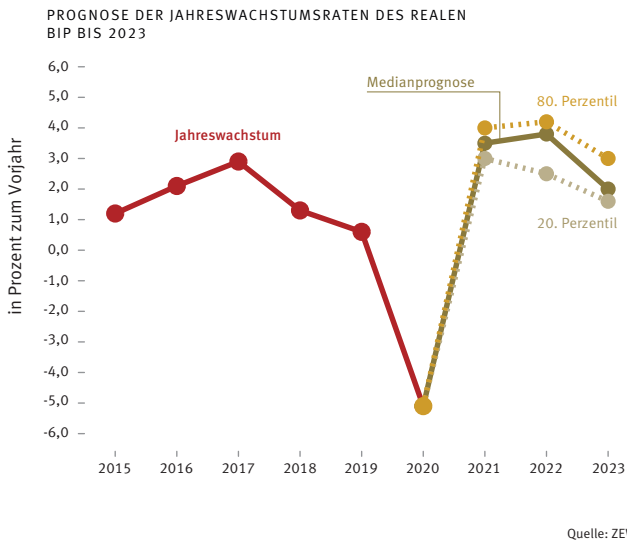
Der Wissenschaftspreis „Zukunft der Arbeitswelt“ 2020 ist offiziell übergeben worden. Im Beisein von ZEW-Geschäftsführer Thomas Kohl und dem früheren ZEW-Präsidenten Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, der die Laudatio hielt, bekamen die beiden Preisträger von Carsten Müller, dem Vorstandssprecher der Volksbank Kurpfalz, den Preis überreicht. Mit dem Wissenschaftspreis zeichnen die Volksbank Weinheim Stiftung und das ZEW Mannheim jedes Jahr hervorragende Dissertationen und Masterarbeiten auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften aus.

Der mit 3.000 Euro dotierte Preis für die beste Doktorarbeit ging für das Jahr 2020 an Dr. Martin Lange. Den mit 2.000 Euro dotierten Preis für die beste Masterarbeit erhielt Ralf Landeck. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die Preisübergabe in diesem Jahr nicht wie sonst üblich im Rahmen des feierlichen Neujahrsempfangs der Volksbank vorgenommen werden.



Preisträger und Jury-Mitglieder: Carsten Müller, Dr. Martin Lange, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Ralf Landeck, Thomas Kohl (von links).

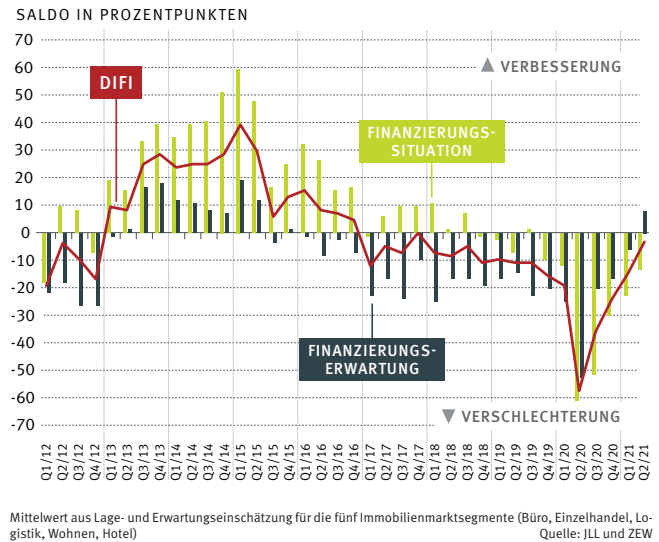
## Sonderfrage deutsches Wirtschaftswachstum: Erwartungen für 2021 und 2022 steigen



Die befragten Finanzmarktexperten/-innen erwarten bei der Sonderfrage des ZEW-Finanzmarkttests Juli 2021 für die nächsten beiden Jahre überdurchschnittlich hohe Wirtschaftswachstumsraten in Deutschland. Im Vergleich zum Vorquartal fallen die Prognosen für die Jahre 2021 und 2022 höher aus. Mit Blick auf Deutschland erwarten die Befragten für 2021 im Median ein reales Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent. Die Medianprognose fürs Gesamtjahr 2021 steigt damit um 0,5 Prozentpunkte. Für das dritte bzw. letzte Quartal 2021 rechnen die Befragten im Median mit 2,2 bzw. 1,5 Prozent Wachstum. Gegenüber der Umfrage im April 2021 fallen die Medianprognosen für die beiden Quartale damit um 0,2 bzw. 0,3 Prozentpunkte höher aus. Für die Jahre 2022 und 2023 erwarten die Befragten im Median Wachstumsraten von 3,8 bzw. 2,0 Prozent. Den stärksten Wachstumsschub soll es nach Einschätzung der Befragten somit im Jahr 2022 geben.

Frank Brückbauer, frank.brueckbauer@zew.de

## Optimismus bei der gewerblichen Immobilienfinanzierung dauert an



Der Deutsche Immobilienfinanzierungsindex (DIFI) von ZEW Mannheim und JLL erholt sich zum vierten Mal in Folge und steht im zweiten Quartal 2021 mit minus 3,3 Punkten nur noch leicht im negativen Bereich (plus 10,7 Punkte im Vergleich zum Vorquartal). Die Experten/-innen schätzen die aktuelle Marktsituation wie auch die Markterwartung für das nächste halbe Jahr erneut deutlich zuversichtlicher ein. Dabei schafft der Erwartungsindikator mit einem Plus von 13,9 Punkten den Sprung in den positiven Bereich auf den höchsten Stand seit Ende 2015. Besonders die Nutzungsarten Büro, Einzelhandel und Hotel verbesserten sich im Vergleich zum ersten Quartal 2021. Die Finanzierungssituation und -erwartung schätzen die befragten Experten/-innen signifikant positiver ein. Zurückzuführen ist das sicherlich auch auf die fortschreitende Impfkampagne und die damit verbundenen Öffnungsperspektiven in der Corona-Pandemie. Alle drei Assetklassen bleiben aber weiterhin im negativen Bereich.

Frank Brückbauer, frank.brueckbauer@zew.de



## Call for Papers

ZEW Mannheim und Universität Mannheim veranstalten vom 29. November bis 2. Dezember 2021 die Eröffnungskonferenz des gemeinsam neu gegründeten Mannheim Institute of Financial Education (MIFE). Das MIFE widmet sich der umfassenden Erforschung von Fragen rund um finanzielle Bildung. Die Beiträge können sich auf die MIFE-Forschungsgebiete beziehen, sind aber nicht darauf beschränkt. Einreichungen von englischsprachigen Papieren mit maximal 20 Seiten Umfang sind bis zum 1. September 2021 an [MIFEconference@zew.de](mailto:MIFEconference@zew.de) möglich. Weitere Informationen: [www.zew.de/VA3577](http://www.zew.de/VA3577)

## MannheimTaxation-Jahreskonferenz

Die achte MannheimTaxation-Jahreskonferenz findet am 9. und 10. September 2021 als zweitägige virtuelle Konferenz statt. Die Veranstaltung wird im Rahmen des Leibniz-WissenschaftsCampus MannheimTaxation organisiert, eine gemeinsame Initiative von ZEW Mannheim und Universität Mannheim. Ziel von MannheimTaxation ist es, qualitativ hochwertige Forschung auf dem weiten Gebiet der Besteuerung zu fördern sowie eine Plattform für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den verschiedenen Bereichen der Steuerforschung zu schaffen. Mehr Informationen: [www.zew.de/VA3549](http://www.zew.de/VA3549)





Photo: Anna Logue

## Coronakrise: Eine Erfolgsgeschichte der Wirtschaftswissenschaften

Man muss nicht so weit gehen wie der kanadische Wirtschaftsprofessor Joshua Gans, der von einem „Triumph der Ökonomen“ sprach. Aber es ist schon beeindruckend, wie erfolgreich viele Regierungen die wirtschaftliche

Krise in der Pandemie, die in eine viel tiefere und längere Rezession hätte ausarten können, bekämpft haben. Allerdings zeigten sich auch Schwachstellen, aus denen Lehren gezogen werden müssen.

Noch ist die Krise nicht vorbei. Eine erste Einschätzung kann man dennoch geben. Am 9. März 2020 brach der Deutsche Aktienindex zum Handelsstart um 8,2 Prozent ein. So viel an nur einem Tag verlor das deutsche Börsenbarometer zuvor am 11. September 2001, dem Tag der Terroranschläge in den USA. Waren Ende 2019 nur gut einhunderttausend Menschen in Kurzarbeit gemeldet, stieg diese Zahl im April 2020 auf rund sechs Millionen. Noch nie waren in Deutschland so viele Menschen in Kurzarbeit. Um den Wirtschaftskreislauf im Gang zu halten, wurden insbesondere Maßnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit eingesetzt, und das im großen Stil. So gab die Bundesregierung mit dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds von 600 Milliarden Euro ein deutliches Signal, dass sie bereit war, die Liquidität der Unternehmen zu sichern. Die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes machte deutlich, dass Durststrecken nicht auf Kosten der Arbeitskräfte erfolgten. Auch die EZB hat mit ihrem Pandemie-Notfallankaufprogramm in Höhe von 1.850 Milliarden Euro entschieden reagiert. Unterm Strich ist Europa mit diesen Maßnahmen gut gefahren, besser als erwartet: Die Wirtschaft wächst wieder und die Aussichten sind positiv. Eine Eurokrise, wie es sie im Nachgang zur Finanzkrise gab, ist ausgeblieben.

Während die Antwort auf der Makroebene beeindruckend und meist unstrittig war, kann man Gleiches nicht für die Mikro- und operative Ebene sagen. Der Bonner Wirtschaftsprofessor Moritz Schularick beschreibt in seinem Buch „Der entzauberte Staat“ eindringlich, wie Deutschland „durch die Krise stolperte“. Dazu gehören Probleme bei der Beschaffung von Masken und medizinischem Gerät, oder – auf europäischer Ebene – von Impfstoffen sowie der verzögerte, manipulationsanfällige und nicht immer zielgenaue Einsatz von Fördermitteln.

Nun ist die Krise in ihrer Art neu, so dass eine gewisse Lernkurve auch im staatlichen Handeln zu erwarten war. Umso wichtiger wird es sein, die Maßnahmen anschließend zu evaluieren, um ein besseres Verständnis zu gewinnen, was wirkt und was nicht. Für eine konsequente Evaluierung braucht es den politischen Willen. Nach der Finanzkrise wurde darauf verzichtet, zu evaluieren, ob die Maßnahmen insbesondere zur Stabilisierung des Finanzsektors angemessen und verhältnismäßig waren.

Auf zwei Punkte wird bei der Evaluierung der Corona-Politik besonders zu achten sein: Zum einen die Bereitstellung von Daten. Fehlender Zugang zu Echtzeitdaten und die unzureichende Verknüpfung von Daten waren große Hindernisse bei der Krisenbekämpfung. So ist etwa immer noch unklar, wie hoch die Insolvenzraten und Marktaustrittsraten der Unternehmen sind. Die Regierung und die Banken, bei denen am Ende die geplatzten Kredite aufschlagen werden, tappen im Dunkeln. Zum zweiten ist der Einsatz der neuesten Methoden der Ökonomie in der Krisenpolitik ausbaufähig. Die Erkenntnisse des Marktdesigns hätten etwa bei der Impfstoffbeschaffung vermehrt genutzt werden können. Verhaltensökonomische Erkenntnisse und Methoden wie Feldexperimente hätten bei der Konzipierung der Lockdown-Maßnahmen oder der Impfkampagne verstärkt zum Einsatz kommen können.

Das wirtschaftswissenschaftliche Instrumentarium und das Verständnis der Politik für die Bekämpfung von Wirtschaftskrisen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr verbessert. Mittlerweile ist Vieles, was früher einmal strittig war, zum Allgemeinut geworden. Die Umsetzung von der Makro- auf die Mikroebene erfolgt jedoch nicht ohne Reibung. Auch hier sollten die Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaften vermehrt Einzug halten. Der Aufgabe muss sich aber das Fach auch selber stellen – allzu häufig werden die „Mühen der Ebene“ ignoriert, wenn wirtschaftspolitische Empfehlungen unterbreitet werden.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D.

# ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktion: Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Ruprecht Hammerschmidt · Telefon +49 621 1235-132 · ruprecht.hammerschmidt@zew.de

Lisa Rath · Telefon +49 621 1235-316 · lisa.rath@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2021